

Frankfurt am Main, den 31. Januar 2021

Verurteilung des M- und N-Wortes

Wir fordern die Koalition aus GRÜNE, SPD, FDP und Volt auf, wie angekündigt, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag vorzulegen, welcher nicht nur das M- und N-Wort verurteilt, sondern auch die konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Anti-Schwarzem Rassismus aus dem Koalitionsvertrag umsetzt.

Wir, die GRÜNE JUGEND Frankfurt, verstehen uns als anti-rassistischer Verband. Wir lehnen die Verwendung rassistischer Begriffe ab und unterstützen die Forderung die beiden Worte zu verurteilen. Beide Begriffe stammen aus einer Geschichte rassistischer Unterdrückung und sind verletzend und erniedrigend für Betroffene. Sie sind ein Relikt rassistischer Kolonialgeschichte.

"In der derzeitigen Situation ist es wichtig, sich nicht im parlamentarischen Zirkus zu verlieren. Es geht bei antirassistischen Maßnahmen nicht darum, in der Öffentlichkeit gut dazustehen, sondern darum die Lebensrealitäten Schwarzer Menschen anzuerkennen und durch gut abgestimmte Maßnahmen zu verbessern." sagt Rodi Cicek aus dem junggrünen Vorstand. Betroffenen zuzuhören, sowie langfristige Bündnis- und Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Initiativen und Interessenverbänden gehöre genauso dazu, wie die Umsetzung konkreter politischer Maßnahmen, die letztendlich keine Frage politischen Couleurs, sondern demokratischer Haltung sein sollten.

"Wir sind entrüstet, dass dies nicht Grundkonsens der Frankfurter Koalition zu sein scheint und enttäuscht darüber, dass der Antrag nicht ohne für Betroffene verletzende Streitigkeiten beschlossen werden konnte." bemerkt Leah Luwisch, Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Frankfurt.

In dem Koalitionsvertrag sind wichtige Forderungen, wie die Umbenennung von Straßennamen und Plätzen mit Bezug zur deutschen und europäischen Kolonialgeschichte sowie dem Nationalsozialismus festgehalten. Diese Maßnahmen sollen im Austausch mit Schwarzen Communities gemeinsam erörtert, angepasst und umgesetzt werden.